

Staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration -beschlossene Fassung-			20. Sitzungsprotokoll
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2015 - 2019
Sitzungstag: 17.08.2017	Sitzungsbeginn: 15:15 Uhr	Sitzungsende: 17:35 Uhr	Sitzungsort: Bremische Bürgerschaft, Börsenhof A, Eingang Marktstraße
Teilnehmer / innen: siehe anliegende Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Klaus Möhle (Sprecher der Deputation)			

Herr Möhle begrüßt die Mitglieder und Gäste der Deputation. Er entschuldigt Herrn Dr. Steinbrück (Landesbehindertenbeauftragter).

Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke) meldet für den Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ das Thema „Kindergrundsicherung“ an.

Frau Grönert (Fraktion der CDU) erinnert an ihre Anfrage „Umsetzung des Integrationskonzeptes“. Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

Folgende Tagesordnung wird genehmigt:

1. Protokoll über die Sitzung 01.06.2017
2. Bericht über die Umsetzung der Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes zum 01.07.2017 im Land Bremen (**Vorlage Nr. 81/19**)
3. Unterhaltsvorschüsse konsequent einfordern
(Antrag der Fraktion der CDU vom 29.11.16, Drs. 19/853) (**Vorlage Nr. 82/19**)
4. Bremer Rat für Integration
 - a) Bericht des Bremer Rates für Integration über seine Arbeit zum Ende der Amtsperiode 2013-2017
 - b) Bericht des Deputationsausschusses zur Neukonstituierung des Bremer Rat für Integration (**Vorlage Nr. 83/19**)
5. Pflegebedürftige, Angehörige und Sozialkassen besser vor Betrügern schützen!
(Antrag der Fraktion der CDU vom 25.05.16, Drs. 19/504) (**Vorlage Nr. 84/19**)
6. Aufnahmeprogramm für Frauen und Mädchen, die Opfer des Daesh-Terror geworden sind, aufsetzen
(BB-Antrag der Fraktion Die Linke vom 3.8.16, Drs. 19/675)
(**Vorlage Nr. 70/19 in den Sitzungen am 30.03.17 und 27.04.17 ausgesetzt**)
7. Beschlüsse der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) am 18./19.05.2017 in Quedlinburg (**Vorlage Nr. 85/19**)
8. Verschiedenes

TOP 1: Protokoll über die Sitzung am 01.06.2017

Herr Schröter (soz.erf. Dritter) merkt an, dass seine Äußerungen zu TOP 6 „Umsetzung der Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes zum 01.07.2017 im Land Bremen“ (Vorlage Nr.

80/19) zu weich wiedergegeben wurden. Er hätte sehr kritisiert, dass es 50 Jahre gedauert hat, das Gesetz zu reformieren. Außerdem hätte er konstruktive Vorschläge gemacht.

Frau Grönert (Fraktion der CDU) merkt an, ihre Äußerungen zu TOP 2 „Bremisches Wohn- und Betreuungsgesetz (BremWoBeG) seien so nicht richtig dargestellt. Sie bittet um folgende Korrektur:

Frau Grönert (Fraktion der CDU) kritisiert, dass das bisher geltende Gesetz nicht evaluiert wurde. Sie hält es für sinnvoll, die Kontrolle in der Ambulanten Pflege auf alle Einrichtungen auszuweiten (Hamburger Weg). Außerdem bemängelt sie die in dem Gesetz beschriebene Kontrolle. Es sei nicht eindeutig, was man unter regelmäßig verstehen würde. Ferner kritisiert sie die Personalrelation in der Nacht von 1:50 und kündigt an, die CDU werde einen eigenen Antrag zum BremWoBeG einbringen, in dem sie auch eine erneute Befristung des Gesetzes fordern wird.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration genehmigt das Protokoll mit den Änderungen über die Sitzung am 01.06.2017.

TOP 2: Bericht über die Umsetzung der Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes zum 01.07.2017 im Land Bremen (Vorlage Nr. 81/19)

Frau Senatorin Stahmann führt in die Vorlage ein. Sie weist daraufhin, dass die Neuregelungen zum Unterhaltsvorschuss heute im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden sind und damit das Gesetzgebungsverfahren nunmehr endgültig abgeschlossen ist.

Die Verwaltung führt aus, dass das Personal inzwischen größtenteils in den neuen Referaten eingesetzt worden ist. Die noch fehlenden Mitarbeiter*innen werden bis zum 01.10.2017 ihre Tätigkeit aufnehmen. Die Grundlagenschulungen laufen bis Ende September. Inzwischen sind an den beiden Standorten Fruchthof und Volkshaus ca. 4.630 Neuanträge (Stand 15.08.2017) eingegangen. Im Fruchthof geht der Großteil der Anträge schriftlich ein, im Volkshaus ist ein höherer Anteil direkter Vorsprachen zu beobachten.

Die Anträge können entgegen genommen und die Antragssteller*innen beraten werden. Größere Wartezeiten sind nicht festzustellen. Nach Inkrafttreten des Gesetzes mit der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt kann dann das Softwareupdate freigeschaltet werden. Ab Anfang September kann dann mit der Bescheiderteilung begonnen werden. Zur Dauer der Bearbeitung liegen noch keine Erfahrungen vor.

Durch die ganzheitliche Sachbearbeitung in den neuen Referaten ist es möglich, dass die Unterhaltspflichtigen direkt mit der Antragsstellung durch die Leistungsberechtigten zur Heranziehung angeschrieben werden.

Im Anschluss findet eine Diskussion statt, an der sich Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke), Frau Bredehorst (Fraktion der SPD), Herr Schröter (soz.erf. Dritter), Herr Dr. Dr. Buhlert (Fraktion der FDP), Frau Ahrens (Fraktion der CDU), Frau Gräfe-Heigl (soz.erf. Dritte) und Herr Möhle beteiligen. Nachfragen werden von der Verwaltung beantwortet.

Herr Staatsrat Fries sagt eine erneute Berichterstattung in der ersten Sitzung in 2018 zu.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport über die Umsetzung der Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes zum 01.07.2017 im Land Bremen zur Kenntnis.

TOP 3: Unterhaltsvorschüsse konsequent einfordern
(Antrag der Fraktion der CDU vom 29.11.16, Drs. 19/853)
(Vorlage Nr. 82/19)

Frau Ahrens (Fraktion der CDU) führt in das Thema ein und kritisiert, dass säumigen Zahlungspflichtigen nicht ausreichend nachgegangen werde. Dies sei auch eine Haltungsfrage der Leitungsebene und der Koalition.

Herr Staatsrat Fries verweist auf die zahlreichen Debatten zuvor und erläutert, die Struktur des Gesetzes. Es sein bekannt, dass Städte wie Bremen nicht mit Gemeinden verglichen werden könnten, in denen faktisch Vollbeschäftigung herrsche. Das in Bremen Verbesserungsbedarfe bestünden habe die Verwaltung bereits eingeräumt und hieran werde entsprechend gearbeitet. Er weist nachdrücklich zurück, dass bei den Mitarbeitenden oder der Leitungsebene eine Haltungsproblem bestehe.

Herr Möhle (Fraktion der SPD) weist den Vorwurf ausdrücklich zurück, dass es der SPD egal sei. Es sei schwierig zu erkennen, wer Unterhalt bezahlen kann und wer nicht.

Frau Görgü-Philipp (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) schließt sich den Anmerkungen von Herrn Möhle an.

Herr Dr. Dr. Buhlert (Fraktion der FDP) hält es für notwendig, weiter an dem Thema zu arbeiten. Er weist daraufhin, dass Luft nach oben bestehe und er der Vorlage daher so nicht zustimmen könne. Er teile jedoch ausdrücklich nicht die Kritik an einer fehlenden Haltung.

Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke) merkt an, dass ihre Fraktion mit dem Bericht nicht vollständig einverstanden ist und schlägt eine getrennte Abstimmung der Punkte 1a bis 1d vor.

Beschluss

1. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht vom 09.08.2017 zum Antrag der Fraktion der CDU vom 29.11.2016 „Unterhaltsvorschüsse konsequent einfordern“ (Drs. 19/853) zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration leitet den Bericht vom 09.08.2017 zum Antrag der Fraktion der CDU vom 29.11.2016 „Unterhaltsvorschüsse konsequent einfordern“ (Drs. 19/853) an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss mit der Empfehlung weiter, der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der CDU abzulehnen.

TOP 4: Bremer Rat für Integration

4a) Bericht des Bremer Rates für Integration über seine Arbeit zum Ende der Amtsperiode 2013-2017

Im Namen der Deputation bedankt sich Herr Möhle für die gute Arbeit, die der Bremer Rat für Integration geleistet hat.

Frau Cerna (Vorsitzende des Bremer Rates für Integration) führt in den Tagesordnungspunkt ein und gibt eine kurze Zusammenfassung über die Arbeit des Bremer Rats für Integration in den letzten vier Jahren. Sie bedankt sich ausdrücklich für die Unterstützung beim zuständigen Integrationsreferat und beim Ressort.

Herr Dr. Dr. Buhlert (Fraktion FDP) würdigt die Arbeit des Rates. Er begrüßt es, dass über die Rechtsform nachgedacht werden soll und signalisiert eine Mitarbeit.

Herr Tuncel (Fraktion Die Linke) schließt sich den Worten seines Vorredners an. Er betont, der Rat sei für Bremen sehr wichtig.

Auch Frau Görgü-Philipp (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) schließt sich den Worten ihrer Vorredner an. Sie freut sich auf die Arbeit im Unterausschuss.

Frau Tuchel (Fraktion der SPD) betont, der Bremer Rat für Integration spiele bei geflüchteten Menschen eine große Rolle. In der Kurzbeschreibung würde sie eine Reihe von Veranstaltungen, Stellungnahmen etc. vermissen.

Frau Grönert (Fraktion der CDU) merkt an, es sei beeindruckend, was die Ehrenamtlichen und der Vorstand leisten.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht zur Kenntnis.

4b) Bericht des Deputationsausschusses zur Neukonstituierung des Bremer Rat für Integration (Vorlage Nr. 83/19)

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein. Das neue Gremium wird sich am 13.09.2017 konstituieren. Zur einer Hälfte wird es aus erfahrenen, zur anderen Hälfte aus neuen Mitgliedern bestehen.

Herr Tuncel (Fraktion Die Linke) bedankt sich für die gute Zusammenarbeit im Unterausschuss.

Die Deputation fasst einstimmig folgenden

Beschluss

1. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den anliegenden Beschluss des Deputationsausschusses ‚Neukonstituierung des Bremer Rat für Integration‘ zur Berufung der Mitglieder für den Bremer Rat für Integration 2017-2021 zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration folgt der Empfehlung des Deputationsausschusses zur Überarbeitung der Satzung des Bremer Rates für Integration.
3. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration bittet den Deputationsausschuss, die Überarbeitung der Satzung zur Vorbereitung einer Beschlussfassung in der Deputation für Soziales, Jugend und Integration zu begleiten.

TOP5: Pflegebedürftige, Angehörige und Sozialkassen besser vor Betrugern schützen!

(Antrag der Fraktion der CDU vom 25.05.16, Drs. 19/504) (Vorlage Nr. 84/19)

Frau Grönert (Fraktion der CDU) betont, sie könne der Vorlage nicht zustimmen, besonders betr. Punkt 2. Ambulante Pflegedienste sollten komplett kontrolliert werden.

Die Verwaltung stellt den in der Sitzung verteilten Flyer „Abrechnungsbetrug in der ambulanten Pflege“ vor. Er wird in den Sozialzentren und Pflegestützpunkten ausliegen und soll evtl. auch in vier weiteren Sprachen (türkisch, russisch, polnisch und englisch) herausgegeben werden.

Die Verwaltung erklärt, dass eine Einbeziehung der ambulanten Pflegedienste nach dem Hamburger Modell eine sehr grundlegende Erweiterung des Anwendungsbereiches des Bremisches Wohn- und Betreuungsgesetz (BremWoBeG) bedeuten würde. Die Bremische Wohn- und Betreuungsaufsicht müsste in Umsetzung eines entsprechenden Prüfauftrages auch außerhalb unterstützender Wohnformen tätig werden.

Die grundsätzliche Anwendung des BremWoBeG auf ambulante Dienste unabhängig von ihrem Einsatzort wäre von verschiedenen Voraussetzungen abhängig. Eine annähernd seriöse und ernstzunehmende Umsetzung erfordert Personalressourcen, die weit über das hinausgehen, was der Bremischen Wohn- und Betreuungsaufsicht derzeit zur Verfügung steht. Eine Aufstockung um mehrere Vollzeitstellen wäre unabdingbar, wollte man bundesweit als drittes Bundesland nach HH und dem Saarland diesem Beispiel nicht nur in Gestalt eines gesetzlichen Auftrags, sondern auch mit den Umsetzungsmöglichkeiten folgen.

In Bremen sind in den letzten Jahren Wohnformen entstanden, die im leistungsrechtlichen Sinne „ambulantisiert“ wurden. D.h., dass die pflegerische Versorgung vertraglich vom Wohnvertrag entkoppelt wurde. Im Unterschied zu verschiedenen anderen Bundesländern konnte Bremen diese Einrichtungen nach dem BremWoBeG trotzdem der regulären jährlichen Prüfung unterziehen, es waren jedoch die strukturellen Anforderungen an das Pflegepersonal nicht mehr anwendbar, weil dieses dem bislang nicht von BremWoBeG erfassten ambulanten Dienst unterstand.

Diese Lücke soll geschlossen werden. Dies ist nur möglich, indem die ambulanten Dienste als Adressaten des Gesetzes benannt werden.

Nutzerinnen und Nutzer ambulanter Pflegedienste in Privatwohnungen außerhalb unterstützender Wohnformen können auch einen entsprechenden Schutzbedarf haben. Insbesondere ist davon auszugehen, dass ein großer Teil dieser Nutzerinnen und Nutzer oft nicht weiß, wohin sie sich wenden können, wenn sie mit Mängeln oder Fehlleistungen ambulanter Pflegedienste konfrontiert sind.

In einem ersten Schritt soll der Beratungsauftrag der Bremischen Wohn- und Betreuungsaufsicht deshalb insoweit ergänzt werden, als sich Nutzerinnen und Nutzer ambulanter Pflegedienste mit Hinweisen auf Mängel an die Bremische Wohn- und Betreuungsaufsicht wenden können. Sie sollen von der Bremischen Wohn- und Betreuungsaufsicht dazu beraten werden, welche Institution zur weiteren Beratung bzw. Verfolgung der Mängel in Frage kommt. Daraus ergibt sich eine hilfreiche Orientierung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig erlangt die Bremische Wohn- und Betreuungsaufsicht genauere Kenntnisse über Art und Häufigkeit von Mängeln in der ambulanten Pflege.

Herr Dr. Dr. Buhlert (Fraktion der FDP) merkt an, dass seine Fraktion dem Beschluss folgen wird, da sie das HH-Modell ablehne.

Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke) merkt an, dass sie dem 2. Punkt des Beschlussvorschlages nicht zustimmen wird.

Sie weist darauf hin, dass im Beschlussvorschlag der Bericht falsch datiert ist.

Frau Cerna (Vorsitzende des Bremer Rates für Integration) betont, dass Thema wird uns noch sehr beschäftigen.

Herr Luz (LAG FW) betont, dass die LAG am Verfahren beteiligt war.

Frau Senatorin Stahmann weist darauf hin, dass in der Bremischen Bürgerschaft nochmal eine Debatte stattfindet.

Die staatliche Deputation fasst gegen die Fraktionen der CDU und die Linke folgenden geänderten

Beschluss

1. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht vom 27.07.2017 zum Antrag der Fraktion der CDU vom 25.05.2016 zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft, den Antrag der CDU vom 25. Mai 2016, (Drs. 19/504, Neufassung der Drs. 19/502) „Pflegebedürftige, Angehörige und Sozialkassen besser vor Betrügern schützen!“ abzulehnen.

TOP 6: Aufnahmeprogramm für Frauen und Mädchen, die Opfer des Daesh-Terror geworden sind, aufsetzen **(BB-Antrag der Fraktion Die Linke vom 3.8.16, Drs. 19/675)** **(Vorlage Nr. 70/19 in den Sitzungen am 30.03.17 und 27.04.17 ausgesetzt)**

Frau Senatorin Stahmann führt in die Vorlage ein. Grundsätzlich sei fachlich der Antrag der Fraktion DIE LINKE, ein Aufnahmeprogramm für Frauen und Mädchen - analog des Aufnahmeprogramms des Staatministeriums Baden-Württemberg - zu schaffen, die Opfer

des Daesh-Terrors geworden sind, zu begrüßen. Bremen hätte allerdings nicht ausreichend Kapazitäten, 50 Frauen aufzunehmen. 20 Personen wären realistisch. Die Auswahl dieser Personen sei aber ein Aufwand, den ein Land wie Bremen nicht alleine bewältigen könne.

Herr Möhle betont, aus humanitärer Sicht muss Bremen unbedingt handeln und weiter nach Lösungen suchen.

Herr Dr. Dr. Buhlert (Fraktion der FDP) betont, welche Herausforderung die adäquate Betreuung wäre.

Frau Yildiz (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) betont, wenn es gelingt, 20 Frauen aufzunehmen, würde sie dem Antrag zustimmen.

Frau Grönert (Fraktion der CDU) betont, aus menschlicher Sicht könne man den Antrag nicht ablehnen.

Herr Tuncel (Fraktion Die Linke) merkt an, seine Fraktion hätte sich mit dem Thema intensiv beschäftigt. Er plädiert für eine getrennte Abstimmung der Beschlussvorschläge. Er bedankt sich bei der Verwaltung für das Bemühen um eine Lösung.

Herr Staatsrat Fries erläutert die Hintergründe des Prüfverfahrens.

Gegen die Fraktion der Linken fasst die Deputation folgenden

Beschluss

1. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Bericht der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 29.03.2017 zur Kenntnis und empfiehlt der Bremischen Bürgerschaft (Landtag), den Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 03.08.2016 (Drs. 19/675) "Aufnahmeprogramm für Frauen und Mädchen, die Opfer von Daesh*-Terror geworden sind" abzulehnen.
2. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration empfiehlt, den Senat zu bitten, die Initiative aus Brandenburg zu unterstützen und die Bereitschaft zu erklären bis zu 20 Frauen und Mädchen aufzunehmen, die Opfer des Daesh-Terror geworden sind.

TOP 7: Beschlüsse der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) am 18./19.05.2017 in Quedlinburg (Vorlage Nr. 85/19)

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die Beschlüsse der JFMK 2017 Kenntnis.

TOP 8: Verschiedenes

- Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke) spricht das Thema „Kindergrundsicherung“ an und bittet um eine zeitnahe Befassung der Deputation.
- Herr Schröter (soz.erf. Dritter) weist auf die Chronik „50 Jahre Verband alleinerziehender Mütter und Väter“ hin.

Sprecher

Protokollführerin

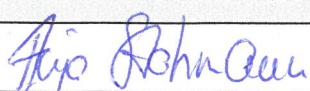
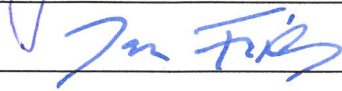
Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

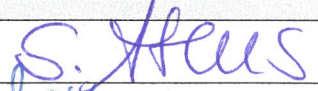



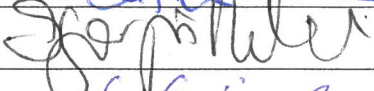
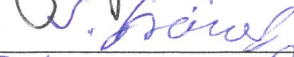

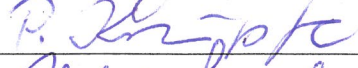
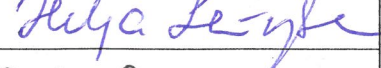

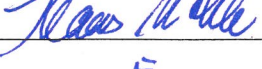
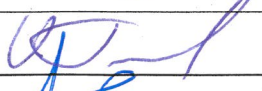
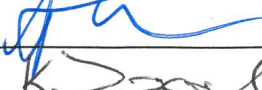
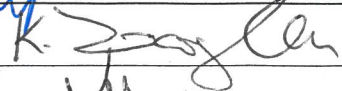

Staatliche und städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration	Sitzung am: 15.08.2017	Sitzungsort: Bremische Bürgerschaft, Börsenhof A, Eingang Marktstraße
---	------------------------	---

ANWESENHEITSLISTE

Beginn der staatlichen Sitzung: 15:15 Ende der staatlichen Sitzung: 17:30
 Beginn der städtischen Sitzung: 17:45 Ende der städtischen Sitzung: 19:05

Mitglieder der Deputation für Soziales, Jugend und Integration

Vertreter/in des Senats	Unterschrift
Senatorin Anja Stahmann	
Staatsrat Jan Fries	

Vertreter/in der Bremischen Bürgerschaft	Land	Stadt	Unterschrift
Ahrens, Sandra (MdBB) CDU		X	
Brededorst, Gönül (Dep.) SPD		X	
Dr. Buhlert, Magnus (MdBB) FDP	X	X	
Dumas, Hela (Dep.) - <i>entschieden</i> CDU	X		- E -
Erlanson, Peter (MdBB) <i>Sofia Leonidakis</i> Die Linke	X		
Görgü-Philipp, Sahhanim (MdBB) B'90/Die Grünen	X		
Grönert, Sigrid (MdBB) CDU	X	X	
Jäschke, Petra (MdBB) SPD	X		
Krümpfer, Petra (MdBB) SPD		X	
Lürßen, Helga (Dep.) CDU	X		
Markmann-Breuer, Sabine (Dep.) SPD	X		
Möhle, Klaus (MdBB) SPD	X	X	
- Sprecher - Tassis, Alexander (MdBB) AfD		X	- E -
Tuchel, Valentina (MdBB) SPD	X	X	
Tuncel, Cindi Die Linke		X	
Wargalla, Kai-Lena (MdBB) B'90/Die Grünen		X	
Yildiz, Kebire (MdBB) B'90/Die Grünen	X	X	

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

Staatliche und städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration	Sitzung am: 15.08.2017	Sitzungsort: Bremische Bürgerschaft, Börsenhof A, Eingang Marktstraße
---	------------------------	---

Vertreter/innen der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen Integration und Sport

Name	Name
Dr. David Lukaßen	Hellwig, Zeebar
Büchert, Franz	Timmer, Martina
Ida Koch	Komher, Lena
Jellu, John	H. Rose
Mai Harrenfeld	
Holger Adametz	
Reimann, Bärbel	
Fistula, Ulrike	
Pienripoff	

Vollm. Andrich
Kane

Gäste, Sachverständige und Vertreter/innen anderer Behörden/Institutionen

Name	Institution/Behörde
Concilius Peters	Caritasverband Bremen
Wolfgang Lutz	Paritätischer Wohlfahrtsverband
Inge Gräfe-Heygl	Sos. u. Dritte, der Paritätische
Jens e. Schröder	- " -
Liliane Ceron	BRI
Karin Alshaus	Seniorenrat
Susanne Wendland	Abgeordnete (paritätisch)
Elena Schütte	Praktikantin Job
Mihai	REFUGIS BREMEN

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

Staatliche und städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration	Sitzung am: 15.08.2017	Sitzungsort: Bremische Bürgerschaft, Börsenhof A, Eingang Marktstraße
---	------------------------	---

Gäste, Sachverständige und Vertreter/innen anderer Behörden/Institutionen

Name	Institution/Behörde
DETLEF MIEVER	REFEUQWID
Harald Grotz	SJFIS
Olaf Teplawski	SJFIS